Lippspringer Anzeiger

Lokal- und Heimatzeitung für Stadt und Amtsbezirk Lippspringe

Badezeitung

Tageszeitung für Jedermann Publikationsorgan vieler Behörden.

Erscheint an allen Werktagen und kostet durch die Post oder durch unsere Boten monatlich 1.80 RM einschließlich Bestellgeld. Bestellungen nehmen alle Postanstalten und Briefträger, unsere Geschäftsstellen in Lippspringe und Paderborn sowie unsere Boten entgegen. Fernsprecher: Amt Paderborn 3213, Postscheck-Konto: Hannover Nummer 14342, Telegramm-Adresse: Anzeiger Paderborn

Anzeigenpreise: Die 30 Millimeter breite Millimeterraumzeile 10 Pfennig, für Anzeigen aus dem Verbreitungsbezirk 8 Pfennig, amtliche Anzeigen 10 Pfennig, Sammelanzeigen 15 Pfennig. Im Reklameteil die 89 Millimeter breite Millimeterraumzeile 50 Pfennig. In Konkursfällen oder bei Zwangsbeitreibung erlischt jeder Preisnachlaß. Gerichtsstand: Paderborn

Gratisbeilagen: Illustrierte Wochenschau, Sonntagsglocken, Heimatbote, Sport vom Sonntag, Am stillen Herd, Frauenwelt, Landwirtschaft

Nr. 171 — 1. Blatt **Samstag, den 23. Juli 1932.** **27. Jahrgang**

Das Staatsgericht hat das Wort

Der Preußenkonflikt vor dem Staatsgerichtshof.

Die Klage der alten preußischen Regierung.

Ministerialdirektor Dr. Badt hat die Klage der alten preußischen Regierung gegen die Einsetzung eines Reichskommissars und gegen die Maßnahmen der Reichsregierung in Preußen beim Staatsgerichtshof abgegeben. Der Staatsgerichtshof hat Termin zur Verhandlung über den geforderten Erlaß einer einstweiligen Verfügung auf Sonnabend, 23. Juli, festgesetzt.

Der Inhalt des preußischen Antrages ist der, daß die Reichsregierung vor der Erklärung der Verfassungsmäßigkeit ihres Vorgehens nicht gegen Preußen handeln könnte und daß in Preußen solange alles beim alten bleiben müßte. Der eingesetzte Reichskommissar könnte also solange nicht in Wirkung treten.

Wenn durch Erlaß einer einstweiligen Verfügung im Sinne des preußischen Antrags der Reichsregierung untersagt werden sollte, weitere Maßnahmen zu treffen, so würde die Entscheidung zur Hauptsache sehr lange verzögert werden, denn die prozeßrechtlichen Bedingungen, die der Staatsgerichtshof beachten muß, verlangen, daß zunächst die Termine festgesetzt werden für Einreichung von Klageschriften für Beantwortung der Klageschrift, für Äußerungen der Beteiligten usw., so daß damit zu rechnen ist, daß zur Hauptsache der Klage überhaupt erst nach den Gerichtsferien verhandelt werden kann.

Die Reichsregierung steht auf dem Standpunkt, daß die frühere preußische Regierung für die Führung der Klage vor dem Staatsgerichtshof nicht aktiv legitimiert ist. Die Reichsregierung kann jedoch über diese Frage nicht entscheiden. Die Entscheidung erfolgt vielmehr durch den Staatsgerichtshof, der von Fall zu Fall die Frage der Aktivlegitimation feststellt.

Bei der Frage nach der „Aktivlegitimation" einer Partei in einem Prozeß handelt es sich darum, nachzuprüfen, ob der Kläger überhaupt berechtigt ist, die betreffende Klage zu erheben. Im vorliegenden Fall steht die Reichsregierung anscheinend auf dem Standpunkt, daß das ehemalige Preußenkabinett nicht mehr befugt war, für das Land Preußen die Klage zu erheben vor dem Staatsgerichtshof, der bei Streitigkeiten zwischen den Ländern und dem Reich oder den Ländern untereinander zu entscheiden hat. Nach Meinung der Reichsregierung war das preußische Ministerium durch die Verordnung des Reichspräsidenten bereits abgesetzt und infolgedessen nicht berechtigt, als Vertreter Preußens vor Gericht aufzutreten.

Sollte der Staatsgerichtshof der Ansicht der Reichsregierung beitreten und wegen mangelnder Aktivlegitimation die Klage abweisen, so würde aber außerdem unabhängig von dieser Entscheidung der Streitfall auf jeden Fall noch zur Verhandlung kommen müssen, da auch Bayern und Baden den Staatsgerichtshof wegen des Vorgehens des Reiches gegen ein Land angerufen haben.

Die Verhandlung Preußen—Reich.

Reichspräsident Dr. Bumke übernimmt den Vorsitz.

Die Verhandlung in der Staatsrechtsklage der früheren preußischen Regierung gegen die Reichsregierung mit dem Ziel, vom Staatsgerichtshof den Erlaß einer einstweiligen Verfügung gegen die Maßnahmen der Reichsregierung zu erlangen, wird von Reichsgerichtspräsident Dr. Bumke persönlich verhandelt werden. Der Reichsgerichtspräsident unterbricht zu diesem Zweck seinen Urlaub.

Auch Baden wendet sich an den Staatsgerichtshof.

Das badische Staatsministerium hat an den Präsidenten des Staatsgerichtshofes in Leipzig folgendes Telegramm gerichtet:

„Das Land Baden, vertreten durch das badische Staatsministerium, erhebt gemäß Artikel 19 der Reichsverfassung Klage gegen die Reichsregierung mit dem Antrag, festzustellen, daß die Reichsregierung unbeschadet ihres grundsätzlichen Rechtes zur Einsetzung eines Reichskommissars in den Ländern auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung nicht befugt ist,

1. **Landesminister ihrer Ministereigenschaften selbständig zu entkleiden, und zwar weder dauernd noch vorübergehend; 2. Landesminister zu ernennen; 3. einen Reichskommissar zum Mitglied der Landesregierung zu ernennen; 4. den Reichskommissar zum Reichsratsbevollmächtigten zu ernennen oder ihm die Ernennung von Reichsratsbevollmächtigten zu übertragen oder aber den Länderregierungen das Recht zur Instruktion der Reichsratsbevollmächtigten zu entziehen; 5. Landesbeamte mit finanzieller Wirkung für das Land zu ernennen.**

An den Reichskanzler ist ein gleichlautendes Telegramm abgegangen.

*

In einer Pressebesprechung erklärte Staatsminister Dr. Schmitt, daß die badische Regierung mit großer Strenge alle Maßnahmen bis zum Wahltage und den darauffolgenden Tagen durchführen werde, um Blutvergießen zu verhindern und dadurch der Reichsregierung den Vorwand für ein Eingreifen, wie dies jetzt in Preußen geschehen sei, zu nehmen. Weiter wird Baden von der Reichsregierung erneut das Uniformverbot auf schriftlichem Wege verlangen. Baden werde unverbrüchlich dem Reiche die Treue halten. Es werde alle Notverordnungen, die von Berlin kommen, unverzüglich durchführen, auch wenn sie gegen den Inhalt Bedenken politischer oder rechtlicher Art hege.

Sachsen und die Auseinandersetzung Reich—Preußen.

Die sächsische Staatsregierung wird, wie verlautet, weder das Vorgehen der bayerischen Regierung, die wegen der Vorgänge in Preußen den Staatsgerichtshof angerufen hat, unterstützen noch in anderer Weise gegen die Reichsregierung Stellung nehmen. Das sächsische Ministerium hält die Einsetzung von Reichskommissaren nur zu dem Zwecke der Ablösung einer geschäftsführenden Regierung für rechtlich unzulässig, es sei denn, daß gewisse Voraussetzungen für die Anwendung des Artikels 48 der Reichsverfassung gegeben sind. Man darf annehmen, daß die sächsische Staatsregierung die Ansicht der Reichsregierung über das Vorhandensein dieser Voraussetzungen im Falle Preußen teilt.

Länder und Reichsregierung

Länderkonferenz in Stuttgart.

Der Reichskanzler beruft die Ministerpräsidenten der Länder für Sonnabend zusammen.

Von zuständiger Seite wird aus Stuttgart mitgeteilt: Reichskanzler von Papen hat die Ministerpräsidenten der deutschen Länder auf Sonnabend, den 28. Juli, zu **einer Besprechung in das württembergische Staatsministerium nach Stuttgart eingeladen.**

Die Stellungnahme Württembergs.

Die württembergische Regierung hat zu der Frage der Einsetzung eines Staatskommissariats für Preußen an den Reichspräsidenten und den Reichskanzler Schreiben gerichtet. Der Wortlaut wird der Öffentlichkeit übergeben werden, sobald die Empfänger im Besitz des Schreibens sein werden.

In einer Zentrumsversammlung in Ellwangen sprach der württembergische Staatspräsident Dr. Bolz eine Warnung gegen alle Diktaturgelüste gegen die Verfassung aus. Man fordere, so erklärte er, die Gegner zu aktiver Gegenwehr heraus und treibe das deutsche Volk immer weiter in den Bürgerkrieg hinein. Das Volk sei zum Widerstand berechtigt, wenn eine Revolution von oben komme. Nicht die Länder, die ihre verfassungsmäßigen Rechte verteidigen, versündigten sich an der Einheit des Reiches, sondern diejenigen, die es wagten, die Verfassung anzugreifen.

Beratungen des Reichskabinetts.

Das Reichskabinett befaßte sich abschließend mit der Lage in Preußen. Die auf Grund der Einsetzung des Reichskommissars unternommene Aktion betrachtet die Reichsregierung für sich als erledigt. Alle weiteren noch nötigen Maßnahmen wird der Bevollmächtigte des Reichskommissars, Dr. Bracht, in die Wege leiten.

Das Reichskabinett befaßte sich weiterhin mit dem ins Auge gefaßten großen Wirtschaftsprogramm, und zwar zunächst mit handelspolitischen Fragen. Das Gesamtprogramm soll tunlichst bis Sonnabend in seinen Grundzügen fertiggestellt sein, so daß es noch in der nächsten Woche veröffentlicht werden kann. Die wichtigsten Programmpunkte werden Arbeitsbeschaffung und Siedlung sein, und zwar zusätzliche Arbeitsbeschaffung über die bereits im Haushalt vorgesehenen und bewilligten Mittel hinaus, ferner die Einsetzung des Arbeitsdienstes, Fragen der Lohnpolitik, die etwaige Einführung des Krümpersystems sowie eine Nachprüfung der Kapitalbeteiligungen des Reiches an wirtschaftlichen Unternehmungen.

Bezirkskommissare für den Freiwilligen Arbeitsdienst.

Auf Grund der Verordnung über den Freiwilligen Arbeitsdienst hat der Reichsarbeitsminister die Präsidenten der Landesarbeitsämter zu Bezirkskommissaren für den Freiwilligen Arbeitsdienst im Bereich ihres Amtsbezirks ernannt.

24 Beamte in den Ruhestand versetzt.

Neubesetzung in der preuß. Verwaltung

Alle übrigen Preußenminister treten ab.

Die ihrer Ämter enthobenen preußischen Minister Schmidt (Zentrum), Grimme (Soz.) und Klepper (Soz.) sind nunmehr freiwillig von der Ausübung ihrer Ämter zurückgetreten. Die Herren Schreiber (Staatsp.), Steiger (Zentr.) und Hirtsiefer (Zentr.) haben, wie Severing, erklärt, nur der „Gewalt" weichen zu wollen und sich somit in offenen Gegensatz zu der Verordnung des Reichspräsidenten gesetzt.

Für die Neubesetzung der einzelnen preußischen Ministerien kommen neue Minister nicht in Betracht. Einige Staatssekretäre, die teils aus Preußen, teils aus dem Reich genommen werden, werden mit der Führung der Geschäfte der preußischen Ministerien beauftragt. Entschieden ist bereits über das Handelsministerium. Der bisherige der Sozialdemokratie angehörende Staatssekretär Staudinger ist in den Ruhestand versetzt worden. Die Führung der Geschäfte im Handelsministerium hat der Bankenkommissar Dr. Ernst. Im preußischen Landwirtschaftsministerium ist der gleichfalls der Sozialdemokratie angehörige Staatssekretär Krüger gegangen. An seine Stelle ist der Staatssekretär im Reichsernährungsministerium, Mussehl, getreten. Im Finanzministerium wird wahrscheinlich der bisherige Staatssekretär Schleusener die Leitung der Geschäfte übernehmen. Der Reichskanzler wird für das Kultusministerium einen Staatssekretär mit der Führung der Geschäfte beauftragen, ebenso für das Wohlfahrtsministerium und für das Justizministerium.

Wie man hört, beabsichtigt die neue preußische Staatsregierung eine Verwaltungsreform mit dem Ziel von Sparmaßnahmen dahin durchzuführen, daß überall dort, wo Regierungspräsidenten und Oberpräsidenten in einem Ort vorhanden sind, eine Zusammenlegung erfolgt.

Über die Veränderungen in den höheren preußischen Beamtenstellen wird folgende amtliche Mitteilung ausgegeben:

24 Preußenbeamte in den Ruhestand versetzt.

Amtlich wird mitgeteilt: Auf Grund des § 3 der Verordnung, betr. die einstweilige Versetzung der unmittelbaren Staatsbeamten in den Ruhestand vom 26. Februar 1919 (Gesetzsamml. S. 33) werden unter Gewährung des gesetzlichen Wartegeldes sofort einstweilen in den Ruhestand versetzt:

der Staatssekretär im Ministerium des Innern, **Dr. Abegg,**

der Ministerialdirektor im Ministerium des Innern, **Dr. Badt** (der dem Ministerialdirektor Dr. Badt erteilte Auftrag, die Klage der bisherigen Staatsregierung vor dem Staatsgerichtshof betr. die Rechtsgültigkeit der Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. Juli 1932 zu vertreten, bleibt bestehen),

der Staatssekreär im Ministerium für Handel und Gewerbe, **Dr. Staudinger,**

der Staatssekretär im Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, **Krüger,**

die Oberpräsidenten

a) der Provinz Niederschlesien, Staatsminister a. D. **Lüdemann,**

b) der Provinz Sachsen, **Dr. Falck,**

Der Tod des Abrüstungsgedankens

Während in Deutschland die innenpolitischen Spannungen immer gefährlicher und unerträglicher werden, eilt außerhalb der deutschen Grenzpfähle die Geschichte in großem Schritt vorwärts. Sie eilt mit ebenso großen Schritten uns Deutschen davon. Erst in Lausanne, dann in Genf. Erst in der Tribut- und Reparationsfrage, dann auf der Abrüstungskonferenz. An den Gestaden des Genfer Sees wird Geschichte gemacht — aber ohne die Deutschen. Deutlicher gesagt: gegen die Deutschen.

Es ist so schlimm, daß man in Genf — allerdings machte man es in Lausanne geradeso — sogar die Formen der sonst üblichen internationalen Höflichkeit einzuhalten gar nicht mehr für notwendig hielt und hält. Unter des Herrn Herriot Leitung und unter eifriger Assistenz des Genfer Konferenz-Berichterstatters Benesch, des tschechischen Außenministers also, wird die Zukunft dieser Konferenz und des Abrüstungsgedankens einfach mit den Engländern, Italienern und den Amerikanern ausgehandelt; Deutschland und die andern kleinen Mächte werden dabei ausgesperrt. Das im Eisenbahnzug zwischen Lausanne und Paris zustande gekommene „Vertrauens"bündnis, das ja auch in der Abrüstungsfrage eine enge englisch-französische Zusammenarbeit vorsieht und inzwischen durch den Beitritt Italiens erweitert wurde, übt seine erste politische Folgewirkung aus: Jene vier Konferenzmächte sind in Genf zu einer fast völligen Einigung gekommen, die nur allzu deutlich die französische „Federführung" sehen läßt.

Das wesentliche an dieser Einigung ist, daß die Konferenz auf eine vorläufig unbestimmte Zeit vertagt wird. Wenn die Vertagungsentschließung auch die bisher gefaßten Abrüstungsentschlüsse zusammenfassen sollte, so wird man die Dürftigkeit des Inhalts durch die Menge der Worte wettzumachen wissen. Aber kein Wort wird man darin finden, das den deutschen Forderungen nach Sicherheit, Gleichberechtigung, wirklicher Abrüstung und damit der endlichen Ausführung des entsprechenden Versprechens im Versailler Vertrage Genüge leisten wird. Namentlich nicht der nach Gleichberechtigung und gerade die Ablehnung dieser Forderung hat ja erst zur Einstellung der deutschen Mitarbeit bei der Vorbereitenden Abrüstungskommission geführt: diese Forderung wurde seit Beginn der Genfer Konferenz deutscherseits wieder scharf in den Vordergrund gestellt, spielte dann auch in Lausanne eine zwar bekannte, aber erfolglose Rolle und soll nun in Genf durch eine Vertagungsentschließung einfach in die Aktenschränke dieser Konferenz bugsiert werden, ohne daß die deutsche Vertretung aus diesem Schritt der Hauptmächte nun auch seinerseits dieselben Folgerungen zieht wie früher Graf Brockdorff-Rantzau in der Vorbereitenden Kommission? Soll Herriot auch Genf als Triumphator verlassen?

In der Vertagungsentschließung wird auch gesagt, daß die am 28. September 1931 beschlossene „Rüstungspause" auf unbestimmte Zeit verlängert werden soll. Das heißt aber für Deutschland nichts anderes als eine neue Festlegung auf die Versailler Wehrlosmachung — denn die bisherigen Rüstungen dürfen ja nur ergänzt, nicht etwa erweitert, erneuert, sondern müssen auf demselben Maß gehalten werden —, wenn Deutschland nicht die Genfer Vertagungsentschließung ablehnt. Mit allen Konsequenzen! Denn über die deutschen Forderungen ist ja — überhaupt nicht verhandelt worden in den fast sechs Monaten der Genfer Tagung. Und nur für Deutschland ist die „Rüstungspause" unbestimmter Länge und noch viel unbestimmterer Art einfach entscheidend und von allerschwerster Bedeutung; denn für uns wirkt sie sich in Verbindung mit den Versailler Entwaffnungsbestimmungen ganz eindeutig aus. Und wenn man gar noch dieses Ergebnis der sechs Monate als „ersten entscheidenden Schritt zur Abrüstung" bezeichnet, wie es der Berichterstatter Benesch tut, dann kann er ja auch gleich noch aus dem Artikel 8 der Völkerbundsatzung die Bestimmung zitieren, daß die bisher fertiggestellten Abrüstungspläne nun von neuem geprüft und — binnen zehn Jahren revidiert werden müssen!

*

Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung in der Abrüstungsfrage gefordert.

Botschafter Nadolny hat dem französischen Ministerpräsidenten Herriot einen schriftlich formulierten Zusatzantrag der deutschen Abordnung zu der von den vier Großmächten ausgearbeiteten Vertagungsentschließung überreicht. In dem deutschen Antrag wird die grundsätzliche Forderung auf Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung in der Abrüstungsfrage erhoben. Herriot hat sich die Stellungnahme zu diesem deutschen Antrag vorbehalten. Der deutsche Antrag ist gleichfalls den übrigen Mächten zur Kenntnisnahme übermittelt worden.

Minister Schleicher beabsichtige, durch Übertragung der Polizeigewalt auf die Reichswehr die Kontrolle über die SA. zu erhalten. Die „Times" sieht in dem Vorgehen von apens das Wiederaufleben des alten deutschen Sinnes für öffentliche Ordnung. Außerdem sei die politische Aussicht vorherrschend, durch strenge Maßnahmen bei den Reichstagswahlen Hitler das Wasser abzugraben.

Heimatlicher Teil

Merkblatt für den 23. Juli.

Sonnenaufgang	4^{11}	Mondaufgang	22^{05}
Sonnenuntergang	20^{01}	Monduntergang	10^{37}

1914: Ultimatum Österreich-Ungarns an Serbien.

Der Westdeutsche Rundfunk vom 24. bis 30. Juli.
Das musikalische Wochenprogramm

beginnt mit einer eindrucksvollen Totengedenkfeier des Reichsverbandes deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener, die von Hamburg übertragen wird. Die Ansprache des Vereinsvorsitzenden wird durch Kompositionen von Flemming, Rheinberger, Kreutzer und Bach weihevoll umrahmt. Der Sonntag vormittag bringt dann noch das dritte Hauptkonzert vom 11. Deutschen Sängerbund-Fest in Frankfurt a. M. und damit den Abschluß der Uebertragungen von dieser Tagung. — Als Abenddarbietung kommt ein großes Militärkonzert von vier Musikkorps aus Königsberg in der Art der früher so beliebten „Monstre-Konzerte". — Am Montag abend hören wir leichte Unterhaltungsmusik der Kurkapelle Bad Salzuflen. — Am Mittwoch ein Gartenkonzert aus Münster. Am Freitag einen Operettenabend aus Bad Oeynhausen. Für die lustige Samstagabend-Unterhaltung zeichnet auch diesmal wieder Hans Müller-Schlösser verantwortlich. — Die Freunde einer gehaltvolleren Musik werden vor allem im Vesperkonzert des Dienstag, das von Gertrud Lucas (Alt), Ernst Bachrich und Paul Baumgartner (beide am Klavier) bestritten wird und durch die Oper „La Cantarina" von Haydn, die der Südwestdeutsche Rundfunk bringt, erfreut werden. Auf die Cantarina folgt noch der komische Einakter „Gianni Schicchi" von Giacomo Puccini, ebenfalls aus Frankfurt a. M.

*

(:) **Gegen die Schlachtsteuer.** Die ruinösen Folgen der seit dem 1. Juli in Kraft befindlichen preußischen Schlachtsteuer und die Gerüchte einer Einführung einer entsprechenden Reichssteuergaben dem Vorstande der westfälischen Landwirtschaftskammer zu einer erneuten Stellungnahme gegen diese Steuer Anlaß, welche in nachstehender Entschließung zum Ausdruck kommt. Der Vorstand der Landwirtschaftskammer hat mit äußerstem Befremden von den Gerüchten über die bevorstehende Einführung einer Reichsschlachtsteuer Kenntnis genommen. Er bittet den Deutschen Landwirtschaftsrat, in nachdrücklichster Weise bei den zuständigen Stellen gegen die Einführung einer solchen Steuer zu wirken; er bittet weiter, nach wie vor für die Aufhebung der völlig untragbaren preußischen Schlachtsteuer einzutreten, welche die heute ohnehin gänzlich unrentable Viehwirtschaft mit neuen schweren Lasten belegt.

— **Einigung der Kriegsopferverbände.** Der Reichsverband Deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerhinterbliebener hält vom 24.—26. Juli seinen Verbandstag in Bremen ab. Die Gedächtnisfeier wird von allen deutschen Sendern am Sonntag, vormittag 10—10,45 Uhr übertragen. Am 26. Juli findet anschließend die Vereinigung des Reichsverbandes Deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerhinterbliebener mit dem Zentralverband Deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegerhinterbliebener statt. Es wird dadurch die größte deutsche Kriegsopferorganisation geschaffen, die auf parteipolitisch neutraler Grundlage für die Rechte der Kriegsopfer eintritt.

*

— **Bad Lippspringe.** Die Meisterprüfung bestand der Schriftsetzer Franz Markwort.

!) **Bad Lippspringe.** Treuer Kurgast. Zum 25. Male ist Wilhelm Brähler aus Oberhausen-Osterfeld hier zum Kurgebrauche eingetroffen. Dem Gastjubilar einen besonderen Gruß. Ad multos annos!

!! **Evangelische Gemeinde Bad Lippspringe.** Als Vertreter des Generalsuperintendenten Weirich wird Konsistorialrat Koch-Münster an der Hundertjahrfeier des Arminius-Bades teilnehmen. Er wird sowohl im Frühgottesdienst, als auch 10 Uhr in der evangelischen Kirche die Predigt halten. Gemeindeglieder wie Kurgäste werden es sich gewiß nicht nehmen lassen, zahlreich die beiden Gottesdienste zu besuchen.

*

— **Neuhaus.** Gottesdienst. Für die Mitglieder der Katholischen Kirchengemeinde Neuhaus findet am Sonntag, den 24. Juli in der Schloßkirche um 10 Uhr Hochamt mit Predigt und sakr. Segen statt.

!! **Delbrück.** Die Zentrumspartei wird am 22. d. M. im Jugendheim, abends um 8 Uhr, eine große Versammlung abhalten. Der bekannte Abgeordnete, Landwirt Schmelzer, wird sprechen. In der nächsten Woche wird dann noch eine Kundgebung der Zentrumsjugend und Frauen veranstaltet.

c) der Provinz Schleswig-Holstein, **Kürbis**,
d) der Provinz Hessen-Nassau, **Haas**,

die Regierungspräsidenten

a) **Dr. Fitzner** in Frankfurt a. d. Oder,
b) **Simons** in Liegnitz,
c) **Weber** in Magdeburg,
d) **von Harnack** in Merseburg,
e) **Dr. Herbst** in Lüneburg,
f) **Dr. Amelunxen** in Münster i. W.

die Polizeipräsidenten

a) **Titze** in Königsberg i. Pr.,
b) **Dietrich** in Kiel,
c) **Baumecht** in Köln,
d) **Frügel** in Elbing,
e) **Schöbel** in Hagen i. W.,
f) **Hohenstein** in Kassel,
g) **Ossowski** in Oppeln,
h) **Eggerstedt** in Altona,

die Polizeidirektoren

a) Polizeipräsident **Mai** in Wilhelmshaven,
b) **Dr. Thiemann** in Schneidemühl.

Soweit eine Neubesetzung der freigewordenen Stellen erfolgt, wird dabei vorzugsweise auf Wartestandsbeamte zurückgegriffen werden. Soweit die Stellen durch aktive Beamte neu besetzt werden, werden entsprechende Stelleneinsparungen vorgenommen werden.

Joos legt Verwahrung ein.

Eine Erklärung des geschäftsführenden Vorsitzenden der Deutschen Zentrumspartei.

Der geschäftsführende Vorsitzende der Deutschen Zentrumspartei, der Reichstagsabgeordnete Joos, erläßt, wie die „Kölnische Volkszeitung" mitteilt, nachstehende Erklärung:

„Die unerhörten Vorgänge des gestrigen und heutigen Tages in Preußen haben in der gesamten Deutschen Zentrumspartei stärkstes Befremden und tiefsten Unwillen hervorgerufen. Anhänger und Freunde der Partei wissen sich eins in der schärfsten Ablehnung von Maßnahmen der Reichsregierung, die nach unserer Ueberzeugung mit der Verfassung nicht zu vereinbaren sind. Ihrem Wesen als Verfassungspartei treu, legt die Deutsche Zentrumspartei feierlich Verwahrung dagegen ein, daß der Artikel 48 der deutschen Reichsverfassung nicht zur Rettung des Volkes aus äußerster Not, sondern zur Durchsetzung einseitiger Parteiwünsche benutzt wird. Wesentliche Bestandteile dieser Verfassung sind in diesen Tagen verletzt, das Recht der Länder unter Drohung mit Waffengewalt beeinträchtigt worden. Vorstand und Fraktion der Preußischen Zentrumspartei, sowie der geschäftsführende Reichsparteivorstand sind unverzüglich einberufen. Ihre klare ablehnende Stellungnahme wird folgen. Die Reichsparteileitung hat mit Bedauern von der Haltung des Oberbürgermeisters Dr. Bracht Kenntnis genommen. Herr Dr. Bracht hat vor wenigen Monaten noch Wert darauf gelegt, erklären zu lassen, daß er „dem Zentrum nahe" stehe. Sein tatsächliches Verhalten steht hierzu in einem unlösbaren Widerspruch."

*

Reichskanzler a. D. Marx über die Lage.

In einer Wahlkundgebung der Zentrumspartei in Königsberg führte Reichskanzler a. D. Dr. **Marx** aus, die innenpolitische Entwicklung in Deutschland nehme einen etwas stürmischen Charakter an. Die durch die auf Grund des Artikels 48 erlassene Verordnung des Reichspräsidenten getroffenen Maßnahmen sind Eingriffe in die preußische Verfassung, und die Absetzung preußischer Minister ist eine derart weitgehende Maßnahme, daß man die allergrößten Bedenken äußern muß. Auf alle Fälle sind in der ohnehin zur Aufgeregtheit neigenden Wahlzeit alle Maßnahmen, die große Bevölkerungsteile in noch größere Aufregung versetzen können, äußerst bedenklich.

Das Ausland zum 20. Juli.

Drohungen in Paris. — Ruhige Beurteilung in England und Amerika.

Die Pariser Presse zeigt eine feindliche Einstellung gegenüber den Maßnahmen der Reichsregierung. Das dem Großen Generalstab nahestehende „Echo de Paris" bringt sogar direkte Drohungen und legt der französischen Regierung nahe, das Saargebiet auf alle Fälle durch französische Truppen besetzen zu lassen. Die französische Regierung müsse Deutschland daran erinnern, daß es kein Recht habe, einen einzigen Soldaten in die „entmilitarisierte Zone einmarschieren zu lassen. Die der Regierung nahestehende „Ere Nouvelle" behauptet, das Verschwinden des demokratischen Regimes in Deutschland sei die größte Gefahr für den Frieden. Der sozialistische „Populaire" schreibt, die deutsche Republik habe ihren letzten Pfeiler verloren. Für die Demokratie und den Sozialismus sei der Mittwoch der katastrophalste Tag, den Deutschland seit dem Waffenstillstand und der Revolution erlebt habe.

Von den Londoner Blättern hebt die „Morningpost" hervor, daß die Maßnahmen der Reichsregierung sich speziell gegen die kommunistische Gefahr richten. Eine Absicht, die Verfassung zu ändern, brauche man in ihnen nicht zu sehen, denn diese sei in den letzten zwei Jahren bereits tot gewesen. Viele Monate lang habe Brüning mit geringer Achtung vor dem Parlament regiert. Die Diktatur liege in der Luft. Wenn Hitler ans Ruder komme, so würde dies vielleicht der schnellste Weg zu Frieden und Ordnung sein. „Daily Telegraph" sagt, das Reichskabinett säße fester im Sattel, aber man wisse noch nicht recht, wohin es reite. „Daily Expreß" bewundert den Mut Hindenburgs, der mit eiserner Hand eingegriffen habe. „Daily Mail" meint, daß die Reichsregierung ein Zugeständnis an die Deutschnationalen und Nationalsozialisten gemacht habe.

Die Newyorker Blätter berichten auf ihrer Hauptseite ausführlich über die Ereignisse in Preußen: „Herald Tribune" meint, das Vorgehen der Reichsregierung sei ein Zugeständnis an Hitler und Hugenberg, und

Reichswehr vor dem Berliner Polizeipräsidium

Nach der Verhängung des Ausnahmezustandes über Berlin war das Polizeipräsidium für kurze Zeit von einer Abteilung Reichswehr besetzt.



urch Übertragung der
die Kontrolle über die
in dem Vorgehen von
lten deutschen Sinne
sei die politische A.
Maßnahmen bei den
abzugraben.

Zeit

. Juli.
aufgang 22⁰⁵
untergang 10³⁷
ns an Serbien.

24. bis 30. Juli.
programm

otengedenkfeier
gsbeschädigter und
urg übertragen wird.
n wird durch Kompo-
r, Kreutzer und Bach
ormittag bringt dann
J. Deutschen Sänger-
damit den Abschluß
ng. — Als Abenddar-
onzert von vier Mu-
der früher so beliebt
ontag abend hören
Kurkapelle Bad Salz-
konzert aus Münster.
us Bad Oeynhausen.
haltung zeichnet auch
er verantwortlich. —
sik werden vor allem
das von Gertrud Lu-
Baumgartner (beide
h die Oper „La Can-
estdeutsche Rundfunk
tarina folgt noch der
on Giacomo Puccini.

ruinösen Folgen der
n preußischen Schlacht-
ung einer entsprechen-
der westfälischen
einer erneuten Stek-
welche in nachstehen-
ommt. Der Vorstand
äußerstem Befremden
nde Einführung einer
nen. Er bittet den
drücklichster Weise bei
führung einer solchen
nach wie vor für die
preußischen Schlacht-
ohnehin gänzlich un-
schweren Lasten be-

ände. Der Reichsver-
nd Kriegerhinterblie-
nen Verbandstag in
rd von allen deut-
10—10,45 Uhr über-
end die Vereinigung
er Kriegsbeschädigter
Zentralverband
erhinterbliebener statt.
Kriegsopferorganisa-
neutraler Grundlage

sterprüfung be-
ort.
Kurgast. Zum 25.
rhausen-Osterfeld hier
Gastjubilar einen b-

pspringe. Als Ver-
Beirich wird Kon-
dertjahrfeier des Ar-
sowohl im Früh-
er evangelischen Kirche
wie Kurgäste werden
reich die beiden Got-

Für die Mitglieder
aus findet am Sonn-
e um 10 Uhr Hoch-
tt.
artei wird am 22.
Uhr, eine große Ver-
ogeordnete, Landwirt
nächsten Woche wird
Zentrumsjugend und



Zwischenfall im Schulte-Prozeß

Schulte verweigert sein Plädoyer und verläßt den Saal — Sofortige Neuladung und Suche nach Schulte — Weil unauffindbar, Vertagung auf 15 Uhr

21. Verhandlungstag. (22. Juli.)

Zu Beginn des heutigen Verhandlungstages, der für das Plädoyer des Angeklagten **Schulte** vorgesehen war, teilte der Vorsitzende mit, daß er für heute, gemäß dem Antrage des Rechtsanwalts Dr. **Zacharias** den Vorsitzenden des Architektenverbandes **Rolf**-Bochum als Zeugen geladen habe. Der Antrag des Rechtsanwalts Dr. Zacharias sei zwar in der letzten Verhandlung **abgelehnt** worden; er habe sich aber die Sache überlegt, und habe, um möglichst alle Fragen klarzustellen, Herrn Rolf aus Bochum geladen. Ebenfalls sei auch der Generalvikar **Giersе** für heute nochmals geladen worden.

Weiter teilte der **Vorsitzende** mit, daß der Angeklagte Schulte einen **neuen Beweisantrag** eingebracht habe. In diesem Antrag äußert sich Schulte, der Dachdeckermeister **Aue** habe ihm gestern erzählt, daß der früher bei Merrn Matern beschäftigte **Bauleiter Volke** von dem Dachdeckermeister **Balkenhol** Bestechungsgelder erhalten habe. Aue habe diesen Fall auch Matern mitgeteil. Matern habe aber beschworen, er habe niemals gehört, daß einer seiner Angestellten Schmiergelder angenommen habe. Schulte beantragt, zu diesem Falle die Dachdeckermeister Aue und Balkenhol, sowie auch den Bauleiter Volke zu hören.

Matern erklärt dazu, es könne wohl möglich sein, daß Aue ihm dies mitgeteilt habe, er könne sich aber nicht erinnern. Außerdem könne man ihn nicht dafür verantwortlich machen, wenn einer seiner Angestellten einmal eine Dummheit mache.

Rechtsanwalt **Bäcker** schließt sich dem Antrage Schultes an, der **Oberstaatsanwalt** erklärt, das Gericht solle darüber entscheiden, ob derartige Anträge, die mit der Anklage garnichts zu tun haben, überhaupt **zugelassen** werden sollen. Das Gericht will darüber beraten.

Der **Vorsitzende** läßt dann **eine anonyme Karte** verlesen, die ihm von Münster zugegangen ist. Diese Karte enthält beleidigende Aeußerungen gegen den Dombaumeister Matern, gegen den Vorsitzenden des Gerichtes und auch gegen den Oberstaatsanwalt.

(Für anonyme Schreibereien hat man gewöhnlich einen Papierkorb. D. R.)

Um 11 Uhr soll wegen der bereits erwähnten Fälle nochmals in die Beweisaufnahme eingetreten werden.

Darauf erteilt der Vorsitzende dem Angeklagten **Schulte** das Wort zu seinem Plädoyer. Er bittet aber Schulte darauf hin, sich bezüglich **seiner Weltanschauung nicht** zu weitschweifig zu äußern, da dem Gericht die marxistische, kommunistische und römisch-katholische Weltanschauung bekannt sei.

Schulte behauptet, daß das Gericht die **marxistische Weltanschauung nicht kenne**; er wolle sie dem Gericht **einmal klarlegen** Er werde sich daher auch gerade über die Frage der Weltanschauung sehr ausführlich äußern.

Der **Vorsitzende** erwidert, daß er evtl. die Ausführungen Schultes abschneiden werde. Der Gerichtssaal sei **kein Tummelplatz** für weitschweifige rednerische Ausführungen.

Darauf erklärt der **Angeklagte Schulte,** er finde es unverständlich, daß der Vorsitzende gerade ihnn darauf aufmerksam mache, nicht so weitschweifig in seinen Ausführungen zu werden. Der **Oberstaatsanwalt** und Rechtsanwalt **Auffenberg** hätten stundenlang geredet, ohne daß der Vorsitzende sie einmal unterbrochen habe. Unter diesen Umständen würde er auf seine Verteidigungsrede ganz **verzichten.**

Demgegenüber stellt der **Vorsitzende** fest, daß er auch garnicht beabsichtige, Schulte seine Verteidigungsrede abzuschneiden. Er habe nur darauf aufmerksam machen wollen, der Angeklagte Schulte möge sich nicht zu weitschweifig über die Frage der Weltanschauung äußern, er müsse diese Ausführungen, **die nicht zur Sache gehörten,** sonst unterbinden. In diesem Zusammenhang erwähnt der Vorsitzende dann den § 231 Str.P.O., wonach der Angeklagte, nachdem er zu den Punkten der Anklage gehört worden sei, mit Genehmigung des Gerichts die Verhandlung verlassen könne.

Erregt erklärte der Angeklagte **Schulte** darauf, daß er **auf jede Verteidigung verzichte,** das weitere würde sich ja finden.

Der **Vorsitzende** versucht nochmals, Schulte zu bewegen, sein Plädoyer zu halten. Er nennt alle Anwesenden als Zeugen dafür, daß er nur gesagt habe, Schulte möge nicht zu weitschweifig werden.

Schulte erklärt nochmals, daß er **endgültig** auf seine Verteidigungsrede verzichte, und fragt dann den Vorsitzenden, ob er die Verhandlung verlassen könne. Als dies bejaht wird, packt Schulte seine Sachen zusammen und verläßt in sichtlicher Erregung den Gerichtssaal.

Nachdem Schulte fortgegangen ist, berät das Gericht mit den Prozeßbeteiligten, ob die Verhandlung weitergeführt werden soll. Der **Oberstaatsanwalt** meint, daß Schultes Anwesenheit notwendig sei, wenn wieder in die **Beweisaufnahme** eingetreten werden solle. Rechtsanwalt **Bäcker** erklärt ebenfalls, daß er die Anwesenheit Schultes für notwendig halte. Er bemerkt außerdem, daß doch die Ausführungen des Vorsitzenden **durchaus sachlich** gewesen seien, sodaß Schulte gar keinen Anlaß habe, auf seine Verteidigungsrede zu verzichten. Rechtsanwalt **Auffenberg** schließt sich diesen Ausführungen an. Auch Rechtsanwalt Dr. **Zacharias** hält die Anwesenheit Schultes für erforderlich. Da jetzt von neuem in die Beweisaufnahme eingetreten werde, müsse sich Schulte auch dazu erklären können.

Nachdem das Gericht über diesen Punkt beraten hat, verkündet der Vorsitzende folgenden Beschluß: „Auf Grund der neuen Beweisanträge hält es das Gericht für erforderlich, daß der Angeklagte Schulte der Verhandlung beiwohnen muß. Der Angeklagte Schulte soll durch einen Justizwachtmeister sofort geladen werden."

Die Verhandlung wird darauf unterbrochen und soll um 10 Uhr fortgesetzt werden.

Inzwischen hatte sich ein **Justizwachtmeister mit einem Kriminalbeamten** aufgemacht, um Schulte mitzuteilen, daß er wieder zur Verhandlung zu erscheinen habe. Diese konnten Schulte aber zu Hause nicht antreffen, auch in mehreren Lokalen war Schulte nicht mehr zu finden. Mehrere Polizeibeamte, die sich an der Suche nach dem Angeklagten beteiligten, konnten ihn ebenfalls nicht auffinden. Der Berichterstatter des Dortmunder Generalanzeigers, **Servais,** machte sich auf Veranlassung des Vorsitzenden ebenfalls auf die Suche, konnte ihn aber anscheinend auch nicht erreichen.

Gegen 11 Uhr trat das Gericht dann wieder zusammen. Der **Vorsitzende** teilte mit, daß der Angeklagte Schulte noch nicht ermittelt sei. Er habe ihn durch den Wachtmeister und durch die Kriminalpolizei suchen lassen. Die Verhandlung müsse daher unterbrochen werden. Er wolle versuchen, Schulte inzwischen eine Vorladung zustellen zu lassen; er hoffe aber, daß die Verhandlung **um 3 Uhr** weitergeführt werden könne.

Paderborner Stadtchronik

vom 22. Juli 1932.

Kirchenmusik im Dom während der Liboritage.

Samstag, 3 Uhr bei Aussetzung der Reliquien Liborihymnus von Haller. Während der Vesper Falsibordonisätze der alten Meister Giudici, de Zachariis, Viadana; Magnificat, 5st. von Mitterer.

Sonntag im Pontifikalamt Missa choralis von Fr. Liszt; Offertorium, 5st. von Haller.

Montag im Hochamt: Missa in hon. S. Henrici von Haller; zum Offertorium Jubilate von Lassus.

Dienstag im Hochamt: Missa in C. von K. Kraft. Nachmittags 5—6 Uhr bei der Schlußfeier: Chöre von Rheinberger, Kurthen und Philipp. Te Deum von Hans Humpert (Uraufführung); Tantum ergo, 5st. von Bruckner.

Libori-Beflaggung.

Wenige Stunden noch, und unsere Stadt begeht das uralte Patrocinium der Stadt und des Erzbistums, ein Fest, wie es in dieser Art und mit diesem Glanze an keinem anderen deutschen Bischofssitze begangen wird. Aus Anlaß dieser Festfeier werden auch diesmal wieder viel, viele tausende von Auswärtigen in unseren Mauern weilen. Ihnen zum Gruße und zum Willkommen, nicht weniger auch dem Feste zu Ehren wird sich die Paderstadt in ihrem schönsten Feierkleide zeigen. Wir bitten daher alle Mitbürger, während der bevorstehenden Liboritage ihre Häuser zu beflaggen, um dadurch der allgemeinen Festesfreude auch äußerlich Ausdruck zu verleihen.

Erfolgreicher Abschluß der Fortbildungsmaßnahmen für arbeitslose Jugendlichen im Arbeitsamt Paderborn.

Vom Arbeitsomt Paderborn wird uns geschrieben: Zur Betreuung der arbeitslosen Jugendlichen, die infolge längerer Beschäftigungslosigkeit allzuleicht in ihrem Willen zu regelmäßiger Arbeit geschwächt, in ihren Arbeitsfähigkeiten geschädigt und nicht zuletzt körperlich, geistig und sittlich gefährdet werden, wurde vom Arbeitsamt Paderborn in Verbindung mit gewerblichen und kaufmännischen Berufs- bzw. Fachschulen und mit Unterstützung von handwerklichen, jugendpflegerischen und anderen Organisationen besonders im vergangenen Winter und in kleinerem Umfang auch im Frühjahr 1932 eine große Anzahl beruflicher Fortbildungskurse durchgeführt. Die Kurse sind nunmehr zu einem gewissen Abschlusse gekommen. Insgesamt wurden in 44 Kursen mit durchschnittlich 6—8-wöchiger Dauer 1183 Jugendliche erfaßt. Durchgeführt wurden 23 handwerkliche Kurse, 1 Kursus für Segelflugzeugbau, 5 Kurse für kaufmännische Angestellte, 8 Kurse für Un- und Angelernte und 7 Näh-, Flick-, Koch- usw. Kurse für weibliche arbeitslose Jugendliche. Neben der beruflichen Fortbildung wurde in der Mehrzahl der Kurse durch Turnen und Sport auch für körperliche Ertüchtigung gesorgt.

Der Erfolg der Fortbildungsmaßnahmen wurde u. a. in der Ausstellung der Arbeiten der weiblichen Kurse wie auch der Maler-Anstreicherkurse in Paderborn und Bad Lippspringe ersichtlich. Nunmehr sollen auch die Arbeiten der Intarsien-, Beiz- und Polier- und Treppenbaukurse in einer Ausstellung in den Räumen der gewerblichen Berufsschule, Schützenweg, einer breiteren Oeffentlichkeit gezeigt werden. Die Ausstellung ist geöffnet am Libori-Sonntag, -Montag, -Dienstag von 11—1 Uhr und von 3—7 Uhr.

:: **Sonderzüge nach der Brüning-Versammlung.** Um den auswärtigen Besuchern der Zentrumskundgebung in Paderborn am Libori-Dienstag, in der Reichskanzler a. D. Dr. Brüning spricht, Rückfahrgelegenheit zu schaffen, werden auf Bestellung der Zentrumspartei und des Verkehrsvereins Paderborn kleine Sonderzüge nach Höxter, Warburg, Büren und Lippstadt eingelegt, die sämtlich um 23 Uhr am 26. 7. von Paderborn Hbf. abfahren. Zur Mitfahrt berechtigen gewöhnliche Fahrkarten, Gesellschaftsfahrkarten und auch die anläßlich des Libori-

Groß-Libori!

Die Paderborner Geschäftswelt

wird die **große Libori-Verkehrswoche** für sich erfolgreich gestalten, wenn sie durch rege Werbung im Anzeigenteile mit zur Heranführung der Kaufmassen beiträgt. Gerade in dieser Woche muß die heimische Geschäftswelt auf **ihre Leistungsfähigkeit und die vorteilhafte Einkaufsgelegenheit** immer wieder die Bevölkerung des Paderborner Landes hinweisen.

Gute Dienste leistet dabei die

Insertion im Paderborner Anzeiger

weil:

1. sein Verbreitungsbezirk sich mit den Gebieten deckt, deren Bevölkerung ihre Einkäufe auch in Paderborn vornimmt;
2. dessen Leserkreis sich meist aus kaufkräftigem Publikum aller Stände und Parteien zusammensetzt;
3. weil der Anzeiger für einen Teil der Bevölkerung die einzig und gern gelesene Zeitung bildet, was damit belegt werden kann, daß im **Gegensatz zu fast allen Zeitungen,** die Verbreitung des Anzeigers auch in dieser Zeit der Krisen noch zugenommen hat.
4. der Anzeigenteil des Anzeigers somit einem großen Kreise der Bevölkerung Wegweiser zum Einkauf ist.

Dies alles macht den Anzeiger zu einem

unentbehrlichen Insertionsorgan,

dessen sich jeder Gewerbetreibende bedient, der auch mit der kaufkräftigen Leserschaft des Paderborner Anzeigers rechnen will.

Libori-Vorzugsangebot:

Wir gewähren in der Liboriwoche **bei zweimaliger Aufgabe** einer Anzeige eine **dritte Aufnahme kostenlos.**

Inserate für die erste Libori-Festausgabe wolle man möglichst bis Freitag abend aufgeben.

Das Neueste vom Tage.

Vom Freitag bis 13,15 Uhr.

Verbot der „Roten Fahne"

Berlin, 22. Juli. Das führende Blatt der Kommunisten, die „Rote Fahne" wurde auf fünf Tage verboten.

Kleine Funkmeldungen

In Brasilien rücken die Regierungstruppen weiter vor. Sie bestanden mit den Aufständigen ein siegreiches Gefecht. Dabei hatten die Aufständigen 25 Tote.

Die amerikanischen Behörden kündigen Maßnahmen gegen die in Washington weilenden Kriegsteilnehmer an, die um Auszahlung der Kriegsversicherungsgelder demonstrieren, die gegen die ergriffen werden sollen, die bis zum 5. August die Stadt nicht verlassen haben.

Die britische Länderkonferenz in Ottawa wurde gestern eröffnet. Es wurden fünf Ausschüsse bestellt, die sich mit den verschiedenen Punkten zu befassen haben.

Wetterbericht.

Ueber England bildet sich eine Tiefdruckrinne aus, die sich langsam ostwärts bewegt. Der Luftdruckabfall hält an, wodurch die Unbeständigkeit der Wetterlage bestehen bleibt. Donnerstag kam es vielfach zu Gewitterstörungen und Regenschauer. In der Nacht auf Freitag sank das Thermometer auf 10 Grad. Nach der Wettervoraussage für die nächsten acht Tage, soll die Witterung wohl noch unbeständig, aber nicht unfreundlich werden.

Wettervorhersage für Samstag:

Schwache, südwestliche Winde, wechselnd bewölkt, vereinzelt Regenschauer, gewitterhafter Art; mäßig warm.

festes am 26. 7. zugelassenen Sonntagsrückfahrkarten (bis 35 Kilometer Entfernung.) Die Züge halten an allen Stationen.

:,: **Promenadenkonzert** findet bei günstiger Witterung heute, Freitag, in der Zeit von 18—19 Uhr am Westerntor statt, ausgeführt vom Musikkorps des 1. Batl. 18. Inf.-Rgt. unter Leitung des Musikmeisters Ruhland. Musikfolge: 1. Wir präsentieren, Marsch (Ailbout); 2. Ouvertüre: „Die lustigen Weiber von Windsor". (Nicolai); 3. Ein Albumblatt (Wagner); 4. Fantasie a. d. Oper „Toska" (Puccini); 5. „Herbstweisen", Walzer (Waldteufel) und 6. „Seid einig", Potpourri (Morena).

!! **Ein Betriebsunfall** ereignete sich gestern vormittag bei der Pesag. Ein Arbeiter war damit beschäftigt, den Schornstein des Kraftwerkes zu streichen. Plötzlich glitt er aus und fiel zirka 4—5 Meter herunter auf das Dach. Man brachte den Verunglückten sofort zum Landeshospital, wo man einen Lendenwirbelbruch feststellte.

Erwerbslose im Dienst der Natur.

Es gibt so manches zu tun, um die Sünden des Menschen an der Natur einigermaßen wieder gutzumachen, und andererseits auch, um den Menschen der Natur wieder näherzubringen. Die beteiligten Stellen klagen über den Mangel an Kräften und Mitteln. Nun liegen aber Millionen von Händen brach. Manchen täte Bewegung und Übung der Glieder bitter not, um sie vor Entkräftung zu bewahren. Nicht wenige sind auch gern bereit, sich für gemeinnützige Dinge zu rühren, wissen aber nicht wie. Darum seien hier ein paar Hinweise gegeben.

Viele gefiederten Sänger warten auf Nistkästen. Das Holz dazu wird meist gern gestiftet werden. Es fehlen also die Hände, die die Säge in die Hand nehmen. Zahlreiche Vögel aber gehen nicht in die künstlichen Behausungen. Für sie ist die Vogelschutzhecke, aus Dornengestrüpp und dergleichen bestehend, das Gegebene. Die Wald- und Flurbesitzer werden gern mit sich reden lassen, um geeignete Flächen freizugeben. Anleitungen, gleichwie für die Bauart der Nistkästen, werden Tierschutzvereine, Förster und sonstige Vogelfreunde bereitwilligst geben. An manchem schönen Punkt könnte noch eine Ruhebank stehen. Auch da kann mit den einfachsten Mitteln viel geschaffen werden. Wo die Mittel für steinerne und eiserne Füße nicht langen, genügen eben Bänke aus Stangenholz, das meist auch ohne weiteres gegeben wird. Vielfach harret eine Quelle der Fassung; auch das ist eine einfache und dankbare Aufgabe. Der Zustand der Wanderwege ist von größter Bedeutung für die Verallgemeinerung des Wanderns. Mit den Wegen aber sieht es oft übel aus; Gestrüpp, Astwerk, sumpfige Stellen usw. müssen der Hacke des freiwillig Schaffenden weichen. Jede Wegebezeichnung muß, um wandersicher zu sein, alljährlich nachgezeichnet werden. Aber auch das geschieht an zahllosen Orten nicht. Selbstredend kann da nicht jeder drauflos pinseln. Die zuständigen Gebirgs- und Wandervereine aber werden dankbar jeden begrüßen, der sich ihnen hilfsbereit anbietet.



LICHT! KRAFT!
Herr im eigenen Hause!
10% Preisabbau!
durch
DEUTZ
DIESEL-MAH-
kostet jetzt: 4-5 PS RM 645.-
6-7 . . 880.-
9-10 . . 1130.-
12-14 . . 1890.-
Nur 3-4 Pfg Betriebskosten je PS-Std.
MOTOR-MA-
kostet jetzt: 2-3 PS RM 385.-
4-6 . . 535.-
8-10 . . 745.-
12-14 . . 1080.-
MA-läuft mit: Benzin, Benzol, Spiritus u. Petrol.
7260
Wir bauen: Diesel- u. Gas-Motoren bis zu 2300 PS für alle Zwecke
HUMBOLDT-DEUTZMOTOREN A.G.
Verkaufstelle HANNOVER Sophienstrasse 1a Eingang Prinzenstr.

Aus Nah und Fern

(!) **Geseke.** Schwerer Unglücksfall. Gestern vormittag stürzte auf dem Zement- und Kalkwerk „Monopol" im Ringofen eine Wand ein und begrub den mit Aufräumungsarbeiten beschäftigten Arbeiter Ruhr unter sich. Dem Verschütteten wurden außer erheblichen Kopf-, Schulter- und Hüftverletzungen beide Beine gebrochen. Die sofortige Ueberführung ins hiesige Krankenhaus wurde auf Rat des Arztes vorgenommen. Der Zustand des Verletzten ist sehr ernst.

:,: **Münster.** Oberbürgermeister a. D. Sperlich Gauführer des Stahlhelms. Die Landesführung des Stahlhelm, B. d. F., teilt der TU. mit: „Auf Vorschlag sämtlicher Kreisführer hat der Landesführer des Stahlhelm, B. d. F. den ehemaligen Oberbürgermeister der Stadt Münster, Dr. h. c. Sperlich, zum Gauführer im Gau Münsterland ernannt.

Münster. Ich möchte heiraten .. An der Kreissparkasse hatte der Schweizer Walter Pe. aus Dortmund ein Fahrrad mitgenommen. Schon unterwegs wurde Pe. angehalten und festgenommen. Der Bestohlene erhielt sein Rad zurück und P. kam ins Gefängnis. Nun bat er händeringend im Termin, man möchte ihn doch freilassen, denn er wolle so gerne heiraten. Dann meldete sich im Zuhörerraum eine weibliche Stimme: „Ach ja, Herr Richter, lassen Sie uns heiraten; wenn er erst mit mir verheiratet ist, so wird das nicht wieder vorkommen, ich schwöre es .." Lange überlegte das Gericht, ob es dem Wunsche des heiratslustigen Paares nachgeben sollte. Es entschloß sich, Pe. zur Durchführung seiner Heiratsabsichten acht Wochen Urlaub zu geben. Nach Ablauf dieser Zeit muß er den Rest seiner Strafe — im ganzen erhielt er fünf Monate — verbüßen.

Schwerer Verkehrsunfall.

Auf dem Transport gestorben.

In Altenhagen ereignete sich ein schwerer Autounfall, der ein Menschenleben forderte. Ein wegen einer Panne auf der Straße haltender Kraftwagen wurde von einem in derselben Richtung fahrenden Wagen angefahren, so daß der Auktionator Ander aus Rodenberg, der auf dem Trittbrett des haltenden Wagens stand, auf die Straße geschleudert wurde, wo er mit einem schweren Schädelbruch liegen blieb. Er starb auf dem Wege zum Krankenhaus. Der Autoführer Jesser, der ebenfalls auf dem Trittbrett stand, erlitt Verletzungen am Knie. Der Führer des zweiten Autos, das zunächst davongefahren war, wurde in Rodenberg ermittelt.

Die Sorgen der Bäder.

Bis 48 Prozent Rückgang. — Die Holländer bleiben aus.

Der Verband Niedersachsen im Allgemeinen Deutschen Bäderverband, der die Bäder vom Harz bis zur holländischen Grenze umfaßt, hielt in Bad Driburg eine Tagung ab. Von den Vertretern der einzelnen Bäder wurde übereinstimmend berichtet, daß gegenüber dem Vorjahre ein weiterer starker Rückgang des Kurverkehrs zu verzeichnen sei, der in vereinzelten Fällen bis 48 Prozent gehe. Ueberall stehe man dem weiteren Verlauf des Sommers wenig optimistisch gegenüber. Insbesondere wurde hervorgehoben, daß der Zugang holländischer Kurgäste in den Bädern Niedersachsens stark nachgelassen habe. Diese Tatsache findet, wie ausgeführt wurde, ihre Begründung darin, daß in Holland vielfach auf Grund alarmierender Zeitungsmeldungen die Ansicht verbreitet ist, in Deutschland herrschten fast bürgerkriegsähnliche Zustände. Die Bädervertreter konnten ausnahmslos berichten, daß in den Kurorten nachhaltig dafür gesorgt werde, die Ruhe der Badegäste nicht zu stören und insbesondere auch die holländischen Kurgäste mit der gleichen Aufmerksamkeit wie in anderen Jahren zu bedienen. Es wurde beschlossen, einen Appell an die holländischen Zeitungen zu richten, in dem um Richtigstellung der irrigen Ansichten über Deutschland gebeten wird.

Kleine telegraphische Meldungen

150 Flugblätterverteiler verhaftet.

Berlin. Der Militärbefehlshaber für Berlin und Brandenburg hat eine von der Kommunistischen Partei einberufene Versammlung der „Betriebsräte ohne Unterschied der Organisation" verboten. Von der Polizei wurden im Laufe der letzten Nacht in Berlin etwa 150 Personen verhaftet, die kommunistische Flugblätter mit der Aufforderung zum Massenstreik verteilten.

Große Überschwemmungen im Kaukasus.

Moskau. Im westlichen Grusinien gingen außergewöhnlich starke Regen nieder, die eine Eisenbahnstrecke auf acht Kilometer unterspülten, so daß der Verkehr eingestellt werden mußte. In anderen Teilen Grusiniens ist die Bahnstrecke so stark beschädigt worden, daß 5000 Mann mobil gemacht werden mußten, um die Strecke auszubessern und den Eisenbahnverkehr wiederherzustellen. Bis jetzt werden mehrere Bauern vermißt.

Scharfe Maßnahmen gegen die Kommunisten in Panama.

Newyork. Die Regierung von Panama hat wegen der zunehmenden Kommunistenunruhen die Ausweisung all fremdländischen Kommunisten und schwere Bestrafung einheimischer Propagandisten verfügt. In der Nacht zum Donnerstag wurden 60 Kommunistenführer verhaftet.

Die Wirtschaftskonferenz in Ottawa eröffnet.

Ottawa. Unter Entfaltung großen militärischen Prunkes wurde die Wirtschaftskonferenz des englischen Weltreiches von Lord Beßborough, dem Generalgouverneur von Kanada, im Parlamentsgebäude von Ottawa eröffnet. Vorher hatten sich die Abordnungen aus dem englischen Weltreich in der Erinnerungshalle im Friedensturm des Parlamentsgebäudes zu einer Andacht versammelt, wo sie nach einem von Baldwin gesprochenen Gebet Kränze zur Ehrung der im Kriege gefallenen Kanadier niederlegten.

Rundfunk-Programm

Samstag, 23. Juli.

Westdeutscher Rundfunk.

9.30: Frankfurt a. M.: Volksdeutsche Weihestunde anläßlich des Deutschen Sängerbundesfestes. 11.10: Schulfunk: Kinderturnen mit Musik. 11.20: Deutschkundlicher Schulfunk. 15.30: Frankfurt a. M.: 2. Hauptkonzert anläßlich des 11. Deutschen Sängerbundesfestes. 18.00: A. Uzarski: Aus dem Reisetagebuch eines Malers. 18.20: Anna Heidermanns: Hausfrau und Handwerk. 18.40: Dr. Braun: Im Schatten des Schicksals zum 100. Todestag des Herzogs von Reichstadt. 19.15: Funkhilfe für alle. 20.00: Hinaus in die Ferne! Lustiger Abend. Anschl. Stuttgart: Nachtkonzert. 24.00: Meister des Jazz.

Deutschland-Sender.

10.00: Stunde der Unterhaltung. 15.00: K. Niemann: Mit 4 PS. und Zeltbahn in die Ferien. 15.45: Louise Diel: Zelle im Grünen. 16.00: Dr. Thieme: Wie sieht es über uns in der Atmosphäre aus? 16.30: Königsberg: Nachmittagskonzert. 18.30: Dr. jur. Haensel: Wer war Münchhausen? 19.00: Prof. Dr. Reichenbach: Wahrscheinlichkeit und Kausalität. 20.00: Köln: Hinaus in die Ferne! Lustiger Abend. 22.20: Wetter-, Tages- und Sportnachrichten. 22.40: Stuttgart: Nachtkonzert.

Familien-Nachrichten

Gestorben: Kaufmann Wilhelm Groß, 34 Jahre. Paderborn, Beerdigung: Samstag, den 23. Juli, nachmittags 4 Uhr, Tegelweg 8a aus. — Frau Jenny Rosenbaum, geb. Meyersberg, 84 Jahre Paderborn; Beerdigung: Sonntag, den 24. Juli, nachmittags 3 Uhr, Vinzinzkrankenhaus aus. —

Druck und Verlag der Paderborner Anzeiger und Verlagsdruckerei A.-G. in Paderborn. Geschäfts- und Schriftleitung Martin Wagner in Paderborn.



5 Sonder-tage

5% Rabatt in Marken außer Zucker und wenigen anderen Artikeln

Bis Mittwoch, d. 27. erhalten Sie

Holländer Käse

40% vollfett Pfund **65** Pfg.

Hamburger Kaffee-Lager

Thams & Garfs

Westernstr. 30 Paderborn Neuhäuser-Str. 34
Telefon 2080

Paderborner Bürger-Schützen-Verein

Zur Begleitung d. **Libori-Prozession** treten die Schützen Sonntag, den 24. Juli 7¾ Uhr vormittags in voller Uniform auf auf dem kleinen Domplatze an

Die Führung übernimmt Herr Hauptmann Canisius.

Kaufmann, Oberst.

J. Herwald, Paderborn Stempelfabrik Stempel u. Schilder

Erfinder

Vorwärtsstrebende! Auch heute noch: **Ueber Nacht zu Reichtum!** Kostenlose Aufklärg. sofort fordern von F. Erdmann & Co. Berlin SW 11.

Wer verkauft

Wohn- od Geschäftsh Villa, Landwirtschaft, Gasthof, Bau- u. Kiesgelände. Sof. Angeb. an Barenthin, Hamburg, Glockengießerwall 16.

Meister-Kursus

Bei genügender Beteiligung wird im Kolpingshaus, Am Busdorf 9, im August wieder ein

Abendkursus

von uns abgehalten werden, worauf wir auch insbesondere die Einwohner der benachbarten Ortschaften aufmerksam machen (Gesellenvereinsmitglieder erhalten Rabatt).

Anmeldungen nimmt entgegen das

Handwerksamt Paderborn
Liboriberg 3.

Ingenieurschule Bauschule Lemgo

Reh

im Anschnitt
Rücken
Keulen
Blätter
Ragout Pfd. 40 Pfg.
Masthähnchen
Suppenhühner

Westfälisches Kaufhaus

Sohlleder

reine Eichenlohgrubengerbung in **Kerntafeln, Hälften** in größt. Auswahl. Allerbilligste Preise.

Gerhard Lange, Lederhandlung.
Paderberg 1.



Es gibt vieles für Ihre Gesundheit! - aber nur ein ‚Lebewohl' für Ihre Hühneraug en

Hühneraugen Lebewohl und Lebewohl-Ballenscheiben, Blechdose (8 Pflaster) 68 Pfg., Lebewohl-Fußbad gegen empfindliche Füße und Fußschweiß, Schachtel (2 Bäder) 45 Pfg erhältlich in Apotheken u. Drogerien. Sicher zu haben: Schwan-Drogerie W. Bergmann Nfl., Germania-Drog. E Hilker Neuhäuserstr. 4, H. Römer Kronen-Drog. Bahnhofstr. Riemeke-Drog. H. Konze Riemekestr. 16, in Lippspringe: Adler-Drog. E Seibel.

Georg Holtgrewe

Bücherrevisor

Paderborn, Königstraße 26

Bilanz- und Buch-Revision, Abschluß, prakt. Neuanlagen, gründl. Steuer- und Wirtschaftsberatung, Schriftsätze.

Die Kosten für die Nachsendung des Paderborner Anzeigers

während der Ferienreise

betragen: 0.50 RM. wöchentlich, wenn das am Heimatort bezogene Exemplar nachgesandt wird und die Zustellung in der Heimat solange aufhört;

1 — RM. wöchentlich, wenn ein besonderes Exemplar nachgesandt wird und die Zustellung in der Heimat fortgesetzt wird.

Die Kosten beim Versand ins Ausland erhöhen sich auf 0.65 RM. bzw. 1.15 RM. wöchentlich.

Bei einem Monatsaufenthalt an einem Ort empfiehlt sich die Ueberweisung durch die Post Die Gebühren einschl. Abonnement stellen sich in diesem Falle auf 2.— RM. monatlich.

Fr. Pommer, Paderborn

Rathausplatz 3-5 Bahnhofstr. 3a

Schreiben Sie auf gutem Briefpapier!

Meine Spezialmarken enthalten nur beste holzfreie Papiere u. sind billig.

Heimatpost	jetzt	40 Pfg.
Hermannspost	„	70 „
Hermannspost Leinen od. gehämmert	„	70 „

Dazu einen schönen Goldfüllhalter, (mit 14kar. Goldfeder schon von 2,75 RM an) und das Schreiben macht Ihnen Freude!

Heißmangel wie neu, z. Hälfte d. Neuwertes abzugeb. Ruhrkauf, Dortmund, Poststraße 38.

Erfinder - Vorwärtsstrebende

Hohe Geld-Belohnung

Näheres kostenl. d. **F. Erdmann & Co.** Berlin SW 11.

Heimarbeit

auch für Frauen durch Ifiag-Verlag, Berlin SW 68 He.

Fort

mit dem alten Vorurteil!!!

Chem. Reinigung greift nicht im geringsten Faser, Appretur und Fasson an.

Machen Sie einen Versuch, wir bringen Ihnen den Beweis

Färberei W. Meier

chem. Reinigung
Westernstr. 1 Ferdinandstr. 49
Telefon 2063

Sommer-Sprossen

werden unter Garantie durch **VENUS** Stärke B beseitigt. RM 1,60, 2.75.

Gegen Pickel, Mitesser Stärke A

Drogerie **Meyenberg,** Kamp 3
Drogerie **Bergmann,** Westernstr. 13

Lichtspiel-Palast

Paderborn

Erstes großes **Festprogramm der Liboriwoche**

Heute beginnen die Aufführungen des **Millionen-Kriminalfilms** des raffiniertesten u. spannendsten Tonfilms des Jahres!

Peter Voß der Millionendieb

Nach Motiven des Romans von Ewald Gerhard Seeliger. Regie E. A. Dupont, der geniale Regisseur des unvergeßlichen Tonfilms „Atlantic"

In den Hauptrollen:

Willy Forst
Paul Hörbiger, die entzückende Schauspielerin **Alice Treff,**
Ida Wüst u. a.

Ein Werk ganz großer Klasse! Riesenerfolge überall! Unübertroffen an Reichhaltigkeit und Abwechselung!

Es handelt sich um einen **Riesenfilm. Spieldauer zwei Stunden!**

„Besuch im Karzer" Tonfilm

Fox tönende Wochenschau

Residenz-Theater

Paderborn

Unser Libori-Festprogramm wiederum eine Sensation!

Der ergreifende und packende

Zirkuskriminaltonfilm

Schatten der Manege

mit Liane Haid Oscar Marion, Trude Berliner, Rolf von Goth, Carl Ludwig Diehl, Walter Rilla Hermann Picha usw.

Die Hauptsensation des Abends sind die 5 Artonis über dem offenen Löwenkäfig. — Und während in der Arena mit lachendem Gesicht die Artisten arbeiten, beginnt im Schatten der Manege das Drama seinen Lauf zu nehmen

1. Teil

Das rote Schwert

Ein russisches Drama in 7 Akten mit Conrad Myers und Marion Nixon

Neueste Ufa-Ton-Woche

Inserieren bringt Gewinn!



5 Sonder-tage

5% Rabatt in Marken außer Zucker und wenigen anderen Artikeln

Bis Mittwoch, d. 27. erhalten Sie

Tilsiter Käse

40% vollfett Pfund **80** Pfg.

Hamburger Kaffee-Lager

Thams & Garfs

Westernstr. 30 Paderborn Neuhäuser-Str. 34
Telefon 2080



5 Sonder-tage

5% Rabatt in Marken außer Zucker und wenigen anderen Artikeln

Bis Mittwoch, d. 27. erhalten Sie

Rübenkraut

10 Pfund-Eimer **1.75** Mk.

Hamburger Kaffee-Lager

Thams & Garfs

Westernstr. 30 Paderborn Neuhäuser-Str. 34
Telefon 2080